

---

# IKT relevante Ziele aus dem Regierungsprogramm

---

Schwerpunkte für die nächsten Jahre

Wien, 4. Juni 2014



# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

### Wachstum - Industriestandort stärken, Finanzierungen erleichtern (S 9)

Nutzung des großen Wachstumspotentials des digitalen Sektors durch Weiterentwicklung der vom Kompetenzzentrum Internetgesellschaft (KIG) gemeinsam mit der Internetoffensive Österreich (IOÖ) erarbeiteten Eckpunkte für eine zukunftsweisende IKT-Strategie und Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen und Projekte.

#### Planung:

- Projekte aus der Strategie identifizieren:  
Schwerpunkte sind Bildung, Gesundheit und Unternehmer mit den Enabler: Mobilität, Sicherheit
- Aktivitäten zum Thema E-Government:
  - Nutzung vorhandener Register
  - Flächendeckende Anwendung der Spezifikationen zum Styleguide

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 07 Politische Partizipation und Grundrechte

### Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis

Staatliches Handeln soll transparenter und offener gestaltet werden.

#### Maßnahmen:

Das Amtsgeheimnis wird, unter Berücksichtigung des Grundrechts auf Datenschutz, ersetzt durch

- eine verfassungsgesetzlich angeordnete Pflicht aller Staatsorgane, Informationen von allgemeinem Interesse der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (Open Government) und
- ein Grundrecht auf Zugang zu Informationen unter materiellem Gesetzesvorbehalt.

#### Planung:

- BLSG-PG zur PSI-Richtlinie installiert,
- Benutzerfreundlichkeit: Aktivität der Durchsetzbarkeit von gültigen Spezifikationen erhöhen. Geht einher mit Intensivierung der Registernutzung: Verfügbarkeit/Gebührenthema – Berücksichtigung Bürgerkarte
- OGD-Datenbestände

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 07 Moderner Staat

### Verwaltungsreform durch E-Government vorantreiben

Durch strategische Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien soll Verwaltung effizient und bürgernah gestaltet werden.

#### Maßnahmen:

- Weitere Modernisierung der österreichischen Verwaltung durch Anpassung der bisher unternommenen Anstrengungen an die rasante technologische Weiterentwicklung im IT-Bereich (unter anderem durch gemeinsame Entwicklung von Lösungen durch Bund, Länder und Gemeinden und Aufgreifen neuer Impulse aus der Welt der neuen sozialen Netze, Forcieren von Open Government Data.
- Vereinfachung und Modernisierung bestehender Konzepte und verpflichtender durchgängiger Einsatz darauf basierender standardisierter Lösungen. Effizientere, flachere Verwaltungsprozesse über Behördengrenzen hinweg und Verringerung der Distanz der Verwaltung zum Bürger (etwa durch die Zurverfügungstellung von Supportprozessen für die Wirtschaft).

#### Planung:

- Forcierung der Verwendung einer sicheren elektronischen Identität und Zustellung
- einheitliche Systematik der Identitätsnummer für nicht natürliche Personen GLN
- Register optimal nutzen; Registerkern vorantreiben

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 07 Moderner Staat

### Amt der Bundesregierung schaffen (S 101)

Schaffung eines Amtes der Bundesregierung, das insbesondere durch die Bündelung und Koordinierung von Personal-, IT- und Supportaufgaben sowie durch die Ausübung von Controllingaufgaben für die ausgegliederten Rechtsträger und sonstigen Tochterinstitutionen des Bundes Effizienz- und Effektivitätssteigerungen ermöglicht.

- Koordination für E-Government und IT-Strategie.
- Einheitlicher Regierungsauftritt (Corporate Design und Internetauftritt).

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

### Neue Gründerwelle auslösen (S 9)

- Ausbau der Online Gewerbeanmeldung und der One-Stop-Agency in den 90 Gründerservicestellen der WKO, um die Eintragung von Neugründungen ins Firmenbuch zu beschleunigen (Bürgerkartensignatur statt Beglaubigung; Freigabe der elektronisch übermittelten Eintragung weiter beim Firmenbuchgericht).

### Planung :

- Forcierung von Bürgerkarten Freischaltungen im Unternehmensbereich
- Gewerberegister Neu

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

### Entbürokratisierung und Entlastung (§ 16) - Umfassende Deregulierung

- Nutzung eines zeitgemäßen Mediums (Ediktsdatei), sowie Streichung der Veröffentlichungspflicht in einer „im Bundesland weit verbreiteten Tageszeitung“ in § 356a Gewerbeordnung (GewO).
- Formpflichten im Gesellschaftsrecht vereinfachen: vermehrter Einsatz elektronischer Signaturen (z.B. Ersatz der notariellen Unterschriftsbeglaubigung durch die elektronische Signatur), Ausbau von E-Justice im europäischen Binnenmarkt, Ausbau elektronischer Register.
- Weitreichende Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke (z.B. verkehrsstatistisch relevante Daten der ASFINAG, Arbeitszeitdaten des Hauptverbandes der SV-Träger)

### Planung:

- BMJ – OGD für Statistische Daten forcieren (Ausgliederte verstärkt einbinden)

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

### Entbürokratisierung und Entlastung (§ 16) - Modernisierung der Verwaltung

- Ausbau von E-Government – insbesondere Aufnahme weiterer Anwendungen von möglichst allen Gebietskörperschaften in das Unternehmensserviceportal
- Beschleunigung von Verwaltungsabläufen (z.B. Erweiterung der Verfahrenskonzentration als OneStopShop für Betriebsanlagen, Reduktion der Einreichunterlagen, gesetzliche Verankerung eines bundesweiten Verfahrensmonitorings nach einheitlichen Kriterien, Erweiterung der Genehmigungsfreistellung für ungefährliche Kleinanlagen), Orientierung an Best-Practice-Beispielen in Österreich.

### Planung:

- Anwendungen im USP einbinden, Identifikation der Verfahren
- Verfahrensstatus umsetzen – Finalisierung der Unterlage Verfahrensmonitoring / neue Abstimmungsrunde

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

### Entbürokratisierung und Entlastung (S 16) - Förderabwicklung

Transparenz und Rechtssicherheit, Vereinfachung des Antragwesens und der Antragsabwicklung: keine nachträglich festgelegten Anforderungen sowie Anerkennung betriebsinterner Abrechnungen (z.B. Ausdruck aus gängigen Lohnverrechnungssystemen als Nachweis für die Einzelüberweisung) und elektronischer Rechnungen im Einklang mit dem EU-Recht.

#### Planung:

- Anpassungen der derzeitigen Regelungen (BMF)

# Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018

## 06 Sicherheit und Rechtsstaat (S 78)

### Sicherheitspolitik

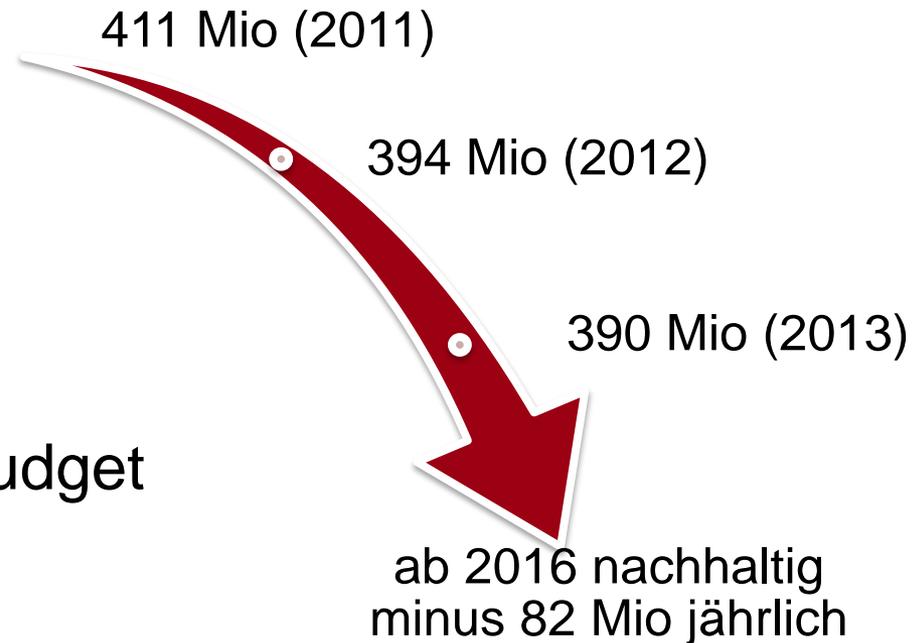
- Umfassende Maßnahmen im Bereich Cyber-Security, diese werden im Rahmen der Umsetzung der Österreichischen Strategie zur Cyber-Sicherheit umgesetzt.

### Vorreiterrolle im EU-Kontext

- Entwicklungen (eIDAS, Benchmark, etc.)
- Gemeinsame Maßnahmen aus der Cyber Security Strategie

# VORBEHALT: IKT Budget des Bundes!

- Kein übergreifendes E-Gov/Projekt Budget,
- Einsparungen durch IKT sind nicht im IKT-Projektbudget lukrierbar
- Synergien im IKT Bereich sehr zu heben
- sinkende Budgets



geplant Einsparungspfad  
des Bundes -  
tatsächlich heuer bis 30%

# FAZIT Gemeinsame Schwerpunktsetzung BLSG

- One-Stop-no-Stop
- BürgerInnenzentriertes eGov
- Verlässliche und einfache elektronische Identifikation und Authentifizierung mit der Handy-Signatur
- Rechtssichere und effiziente Zustellung
- Interoperabilitätsrahmen mit klarer Registerlandschaft
- Transparenz, Informationsfreiheit & OGD
- Arbeitsumgebung der Zukunft (ELAK, Mobilität, ...)
- Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA)
- Personenstandsregister und Gewerberegister neu (GISA)

---

# „eGovernment It's a journey not a destination!“

---

Danke für Ihr Interesse!

Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien



# Zusammenfassung

## 01 Wachstum und Beschäftigung für Österreich

- Nutzung von Verwaltungsdaten
- Beschleunigung von Verwaltungsabläufen
- One-Stop Verfahren
- Verfahrensmonitoring

## 07 Staatsreform und Demokratie – Partizipation

- Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis
- verfassungsgesetzlich angeordnete Pflicht Informationen von allgemeinem Interesse der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (OGD)

## 07 Staatsreform und Demokratie – Moderner Staat

- Bündelung von Aufgaben -> einheitliche übergreifende Prozesse
- durch strategische Nutzung von IKT soll Verwaltung effizient und bürgernah gestaltet werden